

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1409

der Abgeordneten Birgit Bessin (AfD-Fraktion), Lena Duggen (AfD-Fraktion) und Volker Notting (AfD-Fraktion)

Drucksache 7/3906

Islamismus, Integration und Zuwanderung im Land Brandenburg

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragesteller: Im Hinblick auf die Mündlichen Anfragen Nr. 642, Nr. 657 und Nr. 660 (Fragestunde mit der Drucksachenummer 7/3755) und deren Beantwortung ergibt sich noch weiterer Fragebedarf.

Anmerkungen: Wenn im Nachfolgenden von „Landkreisen“ die Rede ist, sind damit auch die kreisfreien Städte und das Land Brandenburg insgesamt gemeint. Wenn im Nachfolgenden von „Jahren“ die Rede ist, ist damit auch der ganze erfragte Zeitraum insgesamt gemeint.

1. Was wurde durch die Landesregierung seit dem Jahr 2015 für die Bekämpfung und Erforschung des Islamismus im Land Brandenburg unternommen?

zu Frage 1: Konkrete Projekte zur Erforschung des Islamismus werden nicht gefördert. Im Rahmen der Bekämpfung des Islamismus im weiteren Sinne werden insbesondere Projekte gefördert, die der Aufklärung und Prävention dienen (siehe unten).

Darüber hinaus wird die unter Einbeziehung der Fachressorts, der Wissenschaft und relevanter Praktiker aus der Deradikalisierungsarbeit erarbeitete „Präventionsstrategie der Landesregierung Brandenburg gegen islamischen Extremismus im Land Brandenburg“ noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Sie stellt mit einem Bündel von Maßnahmen den nächsten konsequenten Schritt gegen eine Expansion islamistischen Gedankenguts in Brandenburg dar.

Damit islamistischen Gruppen und Personen der Zugang zu den hier lebenden muslimischen Menschen erschwert wird, ihr Einfluss weiterhin auf einem niedrigen Niveau verbleibt und somit Radikalisierung verhindert wird, fördert die Landesregierung seit mehreren Jahren Maßnahmen der Prävention und Intervention. Hierzu zählen Präventionsprojekte der Fachstelle Islam oder auch der Berliner Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND prevention). Es wird auch auf bereits bestehende Netzwerke, Strukturen und Erfahrungen aus dem Bereich des Rechtsextremismus zurückgegriffen.

Von der Staatskanzlei wurden und werden in diesem Zusammenhang folgende Projekte gefördert:

Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“

Die 2017 ins Leben gerufene Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“ bietet Beratung und Fortbildungen rund um das Themenfeld Islam an, wie etwa zu Fragen der Diversität des Islam, antimuslimischen Einstellungen und islamistischer Radikalisierung. Zielgruppe sind in erster Linie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die in Schulen, in der Kinder- und Jugendhilfe oder in der Integrationsarbeit tätig sind, aber auch kommunale Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger und Verwaltungen. Darüber hinaus hat sich die Fachstelle zur Ansprechpartnerin für Initiativen muslimischer Menschen und der Kommunen zur Unterstützung muslimischer Gemeinden entwickelt.

Insgesamt ist es Aufgabe der Fachstelle, Akteure der primären Prävention fachlich zu unterstützen. Dies geschieht vor allem durch die Vermittlung von Informationen. Ziel ist es, das gegenseitige Verständnis zwischen den größtenteils im Zusammenhang der Fluchtbewegungen im Jahr 2015 nach Brandenburg gekommenen Menschen und der Mehrheitsgesellschaft zu fördern.

Projekt „Reflect - Freiheit beginnt im Kopf“

Seit 2019 fördert das „Bündnis für Brandenburg“ das Projekt „Reflect - Freiheit beginnt im Kopf“ von MIND prevention. Es richtet sich vorrangig an junge Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung an Brandenburger Schulen oder Oberstufenzentren. Ziel des Projektes ist es, die Teilnehmenden im Gespräch untereinander und mit den pädagogisch-psychologisch geschulten Workshop-Leitenden über verschiedene „Tabuthemen“ debattieren zu lassen und diese Tabus zu reflektieren. Durch Information und Aufklärung soll dafür Sorge getragen werden, dass Radikalisierung gar nicht erst entsteht.

Projekt „Raise - Reflektierte Erziehung schafft Freiheit“

Ziel des im Jahr 2019 durch das „Bündnis für Brandenburg“ geförderten Projekts „RAISE - reflektierte Erziehung schafft Freiheit“ war, geflüchteten Frauen mit Erziehungsverantwortung im Rahmen von Workshops Raum für einen Dialog auf Augenhöhe zu geben. Die Teilnehmerinnen sollten lernen, ihre bisherigen Werte, Einstellungen und Erziehungsmethoden zu reflektieren und zu diskutieren, Ängste abzubauen und neue Denkanstöße, auch in ihre Familien, mitzunehmen. Dies sollte dazu beitragen, den Müttern die Angst vor deutschen gesellschaftlichen Normen zu nehmen und folglich positiv auf die Entwicklung der Kinder- und Familienkonzepte einzuwirken.

Tabellarische Übersicht zu geförderten Projekten durch die Staatskanzlei:

Jahr	Projekt	Träger	Landkreis
2021	Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“	Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	in allen Landkreisen und kreisfreien Städten
2021	Reflect-Freiheit beginnt im Kopf	Mansour - Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND) GmbH	Barnim; Geplant in Cottbus, Oberhavel, Oder-Spree
2020	Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“	Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	in allen Landkreisen und kreisfreien Städten
2020	Reflect-Freiheit beginnt im Kopf	Mansour - Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND) GmbH	Cottbus, Oberhavel, Barnim, Uckermark, Elbe-Elster
2019	Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“	Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	in allen Landkreisen und kreisfreien Städten
2019	Reflect-Freiheit beginnt im Kopf	Mansour - Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND) GmbH	Cottbus, Oberhavel, Oberspreewald-Lausitz, Frankfurt (Oder), Oder-Spree, Barnim
2019	Raise – Reflektierte Erziehung schafft Freiheit	Evangelisch Lutherische Kirchengemeinde in Fürstenberg	Oberhavel
2019	Raise – Reflektierte Erziehung schafft Freiheit - Vertiefung	Evangelisch Lutherische Kirchengemeinde in Fürstenberg	Oberhavel
2018	Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“	Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	in allen Landkreisen und kreisfreien Städten
2017	Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“	Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	in allen Landkreisen und kreisfreien Städten

Im Zusammenhang mit im Land Brandenburg geführten Ermittlungsverfahren im Phänomenbereich Islamismus kam es zur Einrichtung einer Ermittlungsgruppe, welche im März 2015, unter Zuführung von weiteren Kräften, in eine besondere Aufbauorganisation (BAO) überführt wurde.

Außerdem rückte die Bearbeitung von eingestuftem Gefährdungen und Relevanten Personen im Bereich „Religiöse Ideologie“ im Land Brandenburg immer mehr in den Fokus.

In Reaktion auf die weitere Lageverschärfung nach den Anschlägen 2015 in Frankreich (u. a. Charlie Hebdo) und 2016 in Deutschland (u. a. Weihnachtsmarkt Berlin) wurde die benannte BAO zum Dezember 2016 im Landeskriminalamt Brandenburg in ein neu eingerichtetes Dezernat überführt. Darüber hinaus wurde die Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Behörden (auch Sicherheitsbehörden) ausgebaut sowie die Bearbeitung von präventivpolizeilichen Vorgängen mit erkennbarem Islamismus- bzw. Salafismusbezug intensiviert.

Für Polizeibeamtinnen und -beamten finden regelmäßig Weiterbildungsveranstaltungen statt, die auch die Thematik des Islamistischen Extremismus umfassen. Durch die Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg wird das Seminar „Islam/Islamistischer Terrorismus“ für im Bereich der kriminalpolizeilichen Bearbeitung von Staatsschutzdelikten tätigen Kollegen angeboten.

Zudem wird die Thematik in den drei Bildungsgängen (Masterstudiengang Kriminalistik, Bachelorstudiengang, Ausbildungsgang) im Rahmen von Lehrveranstaltungen behandelt.

2. Mit welchen finanziellen Mitteln ist das Innenministerium des Landes Brandenburg seit dem Jahr 2015 ausgestattet, um den Islamismus im Land Brandenburg zu erforschen und zu bekämpfen? Bitte aufschlüsseln nach Jahren.

zu Frage 2: Die Beobachtung extremistischer Bestrebungen wie Islamismus zählt zu den Kernaufgaben des Verfassungsschutzes. Entsprechende Erkenntnisse werden im Wesentlichen sowohl mit nachrichtendienstlichen Mitteln, aus öffentlich zugänglichen Quellen als auch über den Informationsaustausch mit anderen Behörden gewonnen. Mittel für eigene wissenschaftliche Forschung stehen nicht zur Verfügung. Forschungsergebnisse anderer werden jedoch in der eigenen Arbeit berücksichtigt. Da die Haushaltsmittel des Verfassungsschutzes nicht nach Phänomenbereichen gegliedert werden, können keine entsprechenden Angaben über die Höhe Mittel gemacht werden.

3. Das Gelingen oder Scheitern von Integration hängt stark mit dem quantitativen Verhältnis von Einheimischen plus bereits Integrierten zu den noch nicht Integrierten zusammen. Bei ca. welchem prozentualen Verhältnis liegt laut Ansicht der Landesregierung die Grenze bis zu der ein Gelingen der Integration der verschiedenen Kulturkreise noch Aussicht auf Erfolg haben könnte? Was unternimmt die Landesregierung um diese für die Integration hochrelevanten Verhältnisschwellen angemessen zu erforschen?
4. Wo liegen laut Ansicht der Landesregierung die Aufnahmegrenzen für Zu- und Einwanderer des Landes Brandenburg, wenn eine Integration noch gelingen soll, unter Berücksichtigung der verschiedenen Bereiche ausreichender und bezahlbarer Wohnraum, Integrationsfähigkeit und Verträglichkeit mit der märkischen Kultur?
5. Inwieweit ist die Landesregierung der Ansicht, dass Integration umso schwieriger gelingt, je unterschiedlicher die Kulturen der Aufnahmegesellschaft und von Ein- und Zuwanderern sind?
6. Inwieweit ist die Landesregierung der Ansicht, dass ein Gelingen der Integration in einem hohen Maße vom Verhältnis von Einheimischen plus bereits Integrierten zu den noch nicht Integrierten, abhängig ist, wobei die Integration in die Aufnahmegesellschaft/-Kultur schwieriger wird, umso höher der Anteil der noch nicht Integrierten an der Gesamtbevölkerung ist?

zu den Fragen 3 bis 6: Die Fragen 3 bis 6 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Gelingen oder Scheitern von Integration hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Entscheidend ist dabei nicht zuletzt die Bereitschaft der gesamten Aufnahmegesellschaft, Zuwanderinnen und Zuwanderern gleiche gesellschaftliche Teilhabechancen zu ermöglichen. Integration folgt auf Migration. Insbesondere Fluchtmigration resultiert aus einer Vielzahl verschiedener Ursachen. Integration ist nicht mit Assimilation zu verwechseln, sondern ist ein gemeinsamer Prozess, bei dem im Falle des Gelingens ein gemeinsames Drittes entsteht.